



Liebe Freundinnen und Freunde der Finanzwende,

Gerichte erklärten mehrmals die Ausgestaltung eines Gesetzes für verfassungswidrig. Die darin enthaltenen Ausnahmen kosten uns jedes Jahr Milliarden Euro. Und dennoch sind die entsprechenden Regelungen bis heute in Kraft. Unmöglich? Leider nein. Denn genauso verhält es sich bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer. **So zahlen Menschen mit hohen Erbschaften und Schenkungen prozentual und im Schnitt weniger Steuern als Menschen, die geringere Summen erhalten.**

In diesem Fall liegt auf der Hand: Es gewinnen nicht die Interessen der Gesellschaft, sondern die Interessen von wenigen Superreichen. Wenn dies sogar gegen unsere Verfassung geschieht, dann ist klar: Hier braucht es Gegenwind von Vielen, schon um den Rechtsstaat zu schützen. Gemeinsam mit einer Initiative von Millionärinnen und Millionären (#taxmenow) und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit rufen wir dazu auf, Steuerprivilegien für Superreiche zu kippen. **Wir fordern mehr Fairness in der Steuerpolitik und freuen uns, wenn Sie dabei sind.**

Jetzt Petition unterzeichnen

Die Meldungen zu CumEx-Durchsuchungen in Hamburg bei ehemaligen Politikern oder die Missstände bei der Anti-Geldwäschereinheit FIU zeigen: Wir werden so schnell nicht arbeitslos. Auch beim Thema nachhaltige Finanzmärkte ist die Große Koalition nicht mehr in die Gänge gekommen. Finanzwende Recherche hat nun zusammen mit dem WWF konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Dies und mehr finden Sie in diesem Newsletter.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende,

Ihr Finanzwende-Team

P.S. In einem [offenen Brief](#) haben wir Olaf Scholz einige Tage vor der Bundestagswahl dazu aufgefordert, seine Treffen mit Finanzlobbyisten offenzulegen. Vorausgegangen war, dass sein Ministerium die Auskunft verweigerte. Wir finden, es sollte öffentlich sein, wer den demokratischen Prozess an so entscheidender Stelle zu beeinflussen versucht. Hier braucht es mehr Transparenz, erst recht vom möglichen nächsten Kanzler. Wir bleiben dran.



Neue Kampagne:
Steuerprivilegien kippen

„Wohnungsunternehmen“ - und es werden keine Steuern fällig.

[Mehr erfahren](#)



Wie Sustainable Finance gelingen kann

Mit einem Gutachten zeigen WWF Deutschland und Finanzwende Recherche, wie die Politik nachhaltige Finanzmärkte voranbringen kann. Milliarden an privatem Kapital, die über das Finanzsystem investiert werden, müssen systematisch aus nicht-nachhaltigen Bereichen in zukunftsfeste Aktivitäten fließen. Wie dies besser gelingen kann, legt das Gutachten anhand von drei konkreten Beispielen dar.

[Mehr erfahren](#)



Vermögenskonzentration: Wichtige Ursache für Finanzmarktinstabilität

Eine starke Konzentration von Vermögen führt auch zu Instabilitäten an den Finanzmärkten. Doch bisher fehlt es vielfach an der Anerkennung, dass Vermögenskonzentration eine wichtige Ursache für die Instabilität der Finanzmärkte ist. Wollen wir aus dem Dauerkrisenmodus herauskommen, braucht es eine Korrektur der extremen Ungleichverteilung von Vermögen.

[Mehr erfahren](#)



BlackRock und Co.: Eine zu starke Konzentration des Aktienbesitzes

In einem Blogbeitrag fordern

Adrienne Buller und Benjamin Braun, dass die Konzentration des Aktienbesitzes bei wenigen großen Vermögensverwaltern wie BlackRock und Vanguard endlich kritischer betrachtet wird. Sie berichten, dass nur zehn Vermögensverwalter ein Fünftel des britischen Aktienindex FTSE350 kontrollieren und der Einfluss der Vermögensverwalter zunehmend über den Aktienmarkt hinausgeht.

[Zum Blogbeitrag](#)

MEDIEN

- [Business Insider: Bilanz der Finanzkrise in Deutschland: Die Rolle von Georg Funke, dem „Gesicht der Finanzkrise“, und der Hypo Real Estate Bank \(Podcast\)](#)
- [Redaktionsnetzwerk Deutschland: CumEx: Durchsuchung bei früherem SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs](#)
- [Bayerischer Rundfunk: Scholz vor Finanzausschuss – Gerhard Schick: "Evtl. übers Ziel hinausgeschossen"](#)
- [Frankfurter Rundschau: Steuergerechtigkeit – Superreiche besteuern](#)
- [Tagesspiegel: NGOs wollen Steuerprivilegien für Reiche kippen](#)
- [Frankfurter Allgemeine Zeitung: Anlegerschützer torpedieren den VW-Vergleich](#)

Zahl des Monats ...

... 100.000

Menschen gingen am 24. September gemeinsam mit Fridays for Future in Berlin für mehr Klimaschutz auf die Straße. [Wir beteiligten uns](#) an der Demo, um deutlich zu machen, dass es für den Kampf gegen die Klimakrise auch auf nachhaltigere Finanzmärkte ankommt. Schließlich werden dort Investitionen für die kommenden Jahrzehnte festgelegt. Daher müssen die Finanzmärkte zu einem Vorreiter für Nachhaltigkeit werden. Genau dafür machen wir uns stark und nehmen die Finanzbranche ebenso wie die Politik in die Pflicht.